

Thesen zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“

Vorbemerkung

Mehrere gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Rettungskräfte in der Silvesternacht 2022/2023 haben in Deutschland erneut zu einer Debatte rund um Gewalt gegen Einsatzkräfte geführt.

Besonders verwerflich waren geplante und systematische Angriffe auf Einsatzkräfte. Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte wurden von Tätern nicht nur tätlich angegriffen und mit Feuerwerk beschossen, sondern auch systematisch in Hinterhalte gelockt. Die Angriffe gingen sowohl (spontan) von Einzelnen als auch von Einzelnen im Schutz von Gruppen sowie von Gruppen aus.

Das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. hat in einem „Forum Spezial“ am 12. Juni 2023 das Problem aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Anschließend wurden folgende Thesen zusammengestellt:

1. Übergriffe auf Einsatzkräfte haben negative Auswirkungen

Übergriffe auf Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und sonstige Einsatzkräfte finden in unterschiedlichen Ausprägungen seit Jahren immer wieder statt. Sie haben negative Auswirkungen auf die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte, auf deren privates und berufliches Umfeld sowie auf die Organisationen.

2. Übergriffe sind Angriffe auf die ganze Gesellschaft

Die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind Menschen, die sich für Menschen in unserem Land einsetzen. Wer Einsatzkräfte angreift, greift die ganze Gesellschaft an. Diese Angriffe sind deshalb auch ein Ausdruck von fundamental mangelndem Respekt gegenüber dem Staat und den grundlegenden Regeln des Zusammenlebens.

3. Gesellschaftlichen Rückhalt für die Einsatzkräfte erzeugen

Beginnend in Kindergärten und Schulen bis zu Volkshochschulen und Altenheimen müssen die gesellschaftliche Bedeutung von Einsatzkräften, ihre Aufgaben und der Respekt vor ihnen vermittelt werden. Das gilt insbesondere auch für ehrenamtliche Kräfte.

Den abstumpfenden Gewaltvideos in Sozialen Medien und Videos ist pädagogisch entgegenzuwirken.

4. Der Jugendkriminalität durch Präventionsprogramme begegnen

Für Jugendliche, insbesondere strafunmündige, müssen attraktive Präventionsprogramme angeboten werden. Bestens geeignet ist Mannschaftssport, da er Teamgeist vermittelt sowie das Befolgen von Regeln verlangt. Prävention muss sich dort fortsetzen, wo gruppenspezifische Prozesse Übergriffe auf Einsatzkräfte wahrscheinlich machen, zum Beispiel an Silvester, einschließlich lokaler Pyroverbotszonen.

5. Regeln unseres Rechtsstaats überall durchsetzen

Jeder Angriff auf Einsatzkräfte muss angezeigt werden. Hierbei müssen die Einsatzkräfte befähigt und unterstützt werden.

Polizei und Justiz müssen die Straftaten konsequent verfolgen. Mehrfachtäter müssen identifiziert und die Bearbeitung bei Staatsanwaltschaften gebündelt werden. Die Strafe muss „auf dem Fuße“ folgen, unangemessene Verfahrenseinstellungen müssen vermieden werden.

6. Einsatz von Bodycams auch bei Rettungskräften

Wie bereits bei der Polizei, erleichtern Videoaufzeichnungen die Strafverfolgung und wirken in bestimmten Situationen abschreckend. Daher sind auch die Kräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst bei Bedarf flächendeckend mit Bodycams auszustatten.

7. Handlungssicherheit für Einsatzkräfte schaffen

Alle Einsatzkräfte müssen in Auftreten, Kommunikation, Deeskalation und Selbstschutz geschult werden, um Aggressionen rechtzeitig zu erkennen und das richtige Verhalten zu lernen. Merkblätter („Taschenkarten“) und Standardeinsatzregeln müssen konkrete Hinweise geben.

8. Beratungs- und Betreuungsangebote für Einsatzkräfte ausbauen

Übergriffe auf Einsatzkräfte stellen eine besondere psychologische Belastung dar. Die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV-E) muss daher auch hier konsequent angewendet werden, einschließlich aufsuchender Arbeit und Prävention. Ein Opferberatungsfonds könnte Betroffenen mit hoher fachlicher Qualität und finanzieller Unterstützung helfen.

9. Keine Opfer-Täter-Umkehr

Die aktuelle Diskussion vertritt häufig Vorstellungen, dass die Einsatzkräfte besser geschult sein müssen. Der Anschein einer Opfer-Täter-Umkehr darf aber nicht aufkommen. Aggression und Gewalt gegen Einsatzkräfte müssen klar als ursächliche Verfehlung geächtet werden.

10. Proaktive Medienarbeit

Der häufig einseitigen Darstellung von Einsätzen, insbesondere in Sozialen Medien, ist sowohl durch professionelle und proaktive Medienarbeit der jeweiligen Träger als auch politisch entgegenzuwirken.